

Statement

Peter Driessen
Hauptgeschäftsführer

Bayerischer Industrie- und Handelskammertag

anlässlich

der

Pressekonferenz

„Energienetze in Bayern – Handlungsbedarf bis 2022“

am 04.11.2013, 09:30 Uhr,

IHK München

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Februar 2012 ist Süddeutschland knapp an einem Blackout vorbeigeschlittert. Es stand nicht genügend Gas zur Verfügung um alle Verbraucher zu versorgen. Gas wird von Haushalten und Gewerbe im Winter für die Heizung, von der Industrie für die Fertigungsprozesse, und von Gaskraftwerken für die Stromerzeugung benötigt. Rund 250 Industriebetriebe reduzierten ihren Verbrauch, gingen vom Netz oder schalteten ihre Gaskraftwerke auf Öl um, damit aus dem Engpass im Gasnetz kein Flächenbrand wurde. An dessen Ende hätte ein flächendeckender Blackout im Stromnetz stehen können.

Der Versorgungsengpass im Februar 2012 ist noch einmal glimpflich ausgegangen. Zwar stand in einigen Betrieben die Produktion still, aber die Gasversorgung der Haushalte und weiterer „schützenswerter Kunden“, sowie die Stromversorgung konnten stabil gehalten werden. Die gewerbliche Wirtschaft deckt immerhin über ein Drittel ihres Energiebedarfs mit Erdgas.

Bayern ist Industriestandort: Drei Viertel des Strombedarfs und 60% des Wärmebedarfs entfallen hier auf die gewerbliche Wirtschaft. Sie benötigt eine sichere Versorgung mit Strom und Gas, rund um die Uhr, das ganze Jahr. Die Energienetze in Bayern zählen bislang zu den zuverlässigsten

weltweit - hohe Versorgungssicherheit ist ein starker Standortfaktor für Bayern.

Im Zuge der Energiewende sollen jedoch in den kommenden neun Jahren alle Kernkraftwerke abgeschaltet und die erneuerbaren Energien weiterhin kräftig ausgebaut werden. Der Strom wird dann an anderen Orten produziert und muss über andere Leitungen transportiert werden. Damit Gaskraftwerke einspringen können, wenn weder die Sonne scheint noch der Wind weht, müssen diese jederzeit mit ausreichend Gas versorgt werden können. Der oben beschriebene Versorgungsengpass hat uns aber vor Augen geführt, dass die Gasversorgung heute schon an ihre Grenzen stößt. Die Wirtschaft sorgt sich deshalb darum, dass solche Engpässe im Zuge der weiteren Energiewende häufiger vorkommen und größere Auswirkungen haben könnten.

Vor diesem Hintergrund haben die IHKs in Bayern zusammen mit dem Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. - VBEW - die Studie „Energienetze in Bayern – Handlungsbedarf bis 2022“ in Auftrag gegeben. Sie beschreibt, welche Netzausbauprojekte unverzichtbar sind, um die Versorgungssicherheit aufrechtzuerhalten und die erneuerbaren Energien in Bayern wirtschaftlich nutzen zu können. Transparenz schafft Vertrauen: Trotz Energieanlagenbeschleunigungsgesetz EnLAG schreitet der Neubau von Übertragungsleitungen nach wie vor nur mit knapp 40

Kilometern pro Jahr voran. Ginge es in diesem Tempo weiter, wären die im Netzentwicklungsplan bis 2022 stehenden 8000 Kilometer in Deutschland erst in 200 Jahren fertig. Der Netzausbau muss also 20-mal schneller funktionieren, soll der Plan aufgehen. In unserer Studie geht es deshalb darum, welche Projekte jetzt in Bayern wirklich unverzichtbar sind.

Wie entwickelt sich der Energiebedarf in Bayern?

Die Betrachtung des Energiebedarfs in unserer Studie zeigt: Bayern ist nicht Deutschland. Aussagen zum Netzausbau in Deutschland können nicht einfach auf Bayern übertragen werden. Dafür gibt es drei Gründe:

- das Bevölkerungswachstum
- die gute wirtschaftliche Entwicklung
- der hohe zu ersetzende Kernkraftanteil

Trotz beachtlicher Einsparerfolge in den Betrieben und in den Haushalten wird der Energiebedarf in Bayern unter dem Strich deshalb gleich bleiben. Deutschlandweit geht man dagegen von einem sinkenden Energiebedarf aus.

Wie sind die Energienetze in Bayern heute beschaffen?

Die zunehmende Zahl an Anlagen für erneuerbare Energien belastet die Stromnetze schon heute enorm. Windstrom aus Norddeutschland überfordert die Leitungen nach Bayern. So-

larstrom muss in die höheren Netzebenen transportiert werden, wozu die Netze nicht ausgelegt sind. Für die Netzbetreiber in Bayern wird es immer aufwendiger, Last und Leistung im Verteil- und Übertragungsnetz im Gleichgewicht zu halten: Im Winterhalbjahr 2011/2012 mussten sie dazu bereits doppelt so häufig in die Stromerzeugung eingreifen wie im Vorjahr.

Was bewirkt die Energiewende bis 2022?

Bis zum Jahr 2022 soll die Hälfte der Stromversorgung in Bayern aus erneuerbaren Energiequellen stammen. Dieser Strom wird zum großen Teil aus Sonnenenergie oder Windkraft erzeugt, die uns witterungs-, tageszeit-, und jahreszeitabhängig aber nur in stark unterschiedlichem Maße zur Verfügung steht.

Aufgrund der hohen Schwankungen in der Stromerzeugung hat sich das Anforderungsprofil für konventionelle Kraftwerke stark verändert. Statt für die Grundlast zu sorgen, sind sie zunehmend nur noch als Reservekraftwerke gefragt. Sie müssen aber nun in kürzester Zeit hochfahren, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint – und umgekehrt. Weil der Betrieb unter diesen Bedingungen unwirtschaftlich ist, werden die grundlastfähigen Kraftwerke immer häufiger abgeschaltet. Diese Veränderungen in der Energieerzeugung

stellen die leitungsgebundene Energieversorgung innerhalb der nächsten neun Jahre vollständig auf den Kopf.

Was ergibt sich hieraus für den Netzausbau in Bayern?

Unnötiger Netzausbau kostet unsere Volkswirtschaft viel Geld und belastet die Stromrechnungen. Deshalb gilt: Vor dem Ausbau von Strom- oder Gasnetzen muss die Optimierung und Verstärkung der bestehenden Leitungen stehen. Die Netzbetreiber in Bayern setzen hierfür neueste Technologien ein, z.B. Smart Grid, regelbare Ortsnetztransformatoren oder Freileitungsmonitoring. Es zeigt sich aber, dass trotz aller Optimierungs- und Verstärkungsmaßnahmen kein Weg am Ausbau der Energienetze in Bayern vorbeiführt. Unsere Studie hat ergeben:

- 1015 km Stromfernleitungen müssen ertüchtigt und 647 km neu gebaut werden. Die Kosten werden sich auf rund 1,3 Mrd. Euro belaufen.
- 230 km neue Gasfernleitungen sind erforderlich. Das Investitionsvolumen beträgt 584 Mio. Euro bis 2018.
- Dazu kommt ein umfangreicher Ausbau der Verteilnetze mit einem Investitionsvolumen von 4,7 Mrd. Euro. Details hierzu werden derzeit noch untersucht.

Das heißt: Insgesamt ist allein für die Netze ein Investitionsbedarf von rund 6,6 Mrd. Euro nötig, um die Energiewende in Bayern zu stemmen.

Ausbaubedarf besteht auf allen Stromnetzebenen und im Gasnetzbereich. Aus bayerischer Sicht ist dabei zu unterscheiden zwischen Projekten, die für die Versorgungssicherheit unverzichtbar sind, und Projekten für die wirtschaftliche Nutzung der erneuerbaren Energien. Aus dem Blickwinkel der sicheren und zuverlässigen Versorgung der Wirtschaft in Bayern sehen wir zwei Projekte als besonders kritisch an.

Das wichtigste und vordringlichste Projekt ist die „Thüringer Strombrücke“. Diese Leitung zwischen Altenfeld in Thüringen und Redwitz in Oberfranken verbindet das bayerische mit dem norddeutschen Stromnetz. Sie ist heute schon häufig überlastet. Mit der Abschaltung weiterer Kernkraftwerke in Bayern wird die von dieser Leitung zu transportierende Strommenge noch einmal kräftig steigen. Die „Thüringer Strombrücke“ muss bis Ende 2015 fertig gestellt sein, wenn das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld vom Netz geht. Das Raumordnungsverfahren für diese Trasse ist abgeschlossen, der Antrag für das Planfeststellungsverfahren wurde im September 2013 eingereicht. Mit einem Bescheid wird im Oktober 2014 gerechnet. Da bleibt nicht mehr viel Zeit: Es darf zu keinen Verzögerungen mehr kommen. Alle Erfahrungen mit den jüngsten Großprojekten in Deutschland sprechen dagegen, dass dieses Vorhaben im geplanten Zeitrahmen gelingt.

Das zweite unverzichtbare Projekt aus Sicht der Versorgungssicherheit ist die geplante 85 Kilometer lange Trasse „MONACO 1“ von Burghausen nach Finsing. Wie der Engpass 2012 gezeigt hat, bräuchten wir sie eigentlich schon heute. 2022 muss die Transportkapazität im Gasnetz noch mehr steigen, um die Gaskraftwerke versorgen zu können. Mit Hilfe dieser Gastrasse „MONACO 1“ können Speicher schneller gefüllt und die Kraftwerke zu jeder Zeit ausreichend beliefert werden. Sie wurde kürzlich auch von der EU-Kommission als vordringlich bestätigt. Bau und Inbetriebnahme bis 2017 sind noch realistisch. Doch muss von allen Seiten Unterstützung kommen – angefangen von den Landwirten über Kommunalpolitiker bis hin zu den Planungsbehörden.

Für die wirtschaftliche Nutzung von Strom aus Wind und Photovoltaik im großen Maßstab reichen die beiden genannten Projekte aber bei weitem nicht aus. Hierfür sollen nach den Netzentwicklungsplänen der Bundesnetzagentur drei bis vier sogenannte Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen die Bundesrepublik vom Norden bis in den Süden überspannen. Zwei der hierfür geplanten Korridore, C und D, betreffen Bayern. Während Korridor C Gleichstrom vom Norden nach Süddeutschland transportieren soll, wird Korridor D Bayern besser an die neuen Bundesländer anbinden. Zielsetzung von Korridor D ist es, den Strom aus erneuerbaren Energien in Thüringen und Sachsen-Anhalt direkt nach

Bayern zu leiten. Damit sollen auch die technisch wie politisch riskanten Ringflüsse über Polen und Tschechien nach Bayern reduziert werden.

Eine weitere große Herausforderung liegt darin, die notwendigen Stromverteilnetze zu errichten. Lokal überschüssiger Wind- und Photovoltaikstrom muss immer häufiger in höhere Netzebenen transportiert werden, um auch in größeren Entfernungen genutzt werden zu können. Dazu benötigen wir neben den Stromleitungen flächendeckend neue Umspannwerke und Ortsnetzstationen. Nach ersten Schätzungen erfordert dies in Bayern bis 2022 Investitionen in Höhe von 4,7 Mrd. Euro – deutlich mehr als für die Übertragungsnetze. Eine genauere Prognose lässt das bayerische Wirtschaftsministerium derzeit ermitteln. Gründe für diesen enorm hohen Aufwand sind die große Fläche des Bundeslands Bayern sowie der im Bundesländervergleich sehr hohe Anteil an Solarstrom. Der Ausbau der Verteilnetze in Bayern ist nicht problemlos, geht aber gut voran: Im Jahr 2013 wurden bereits auf einer Länge von 4000 Kilometern Leitungen verstärkt oder erneuert. Hier wird meistens unter der Erde verkabelt, da gibt es wenig Proteste. Allerdings stoßen die Netzbetreiber auf immer größere Probleme, Grundstücke für neue Umspannwerke zu finden.

Meine Damen und Herren, aus Sicht der bayerischen IHKs lautet das Fazit: Die „Thüringer Strombrücke“ sowie die Gas-

leitung „MONACO 1“ sind für die Versorgungssicherheit in Bayern unverzichtbar und müssen jetzt zügig umgesetzt werden. Sie gehören auf der Prioritätenliste der Energiewende ganz nach oben. Eine instabile Strom- und Gasversorgung bis hin zu Blackouts können wir uns in keinem Fall leisten. Sollte die Fertigstellung der „Thüringer Strombrücke“ bis Ende 2015 nicht gelingen, wovon wir realistisch ausgehen müssen, wäre ab 2016 die Sicherheit der Stromversorgung in Bayern gefährdet. Diese Konsequenz sollte der Regierung bewusst sein.

Die Bundesnetzagentur geht in den Netzentwicklungsplänen Strom davon aus, dass der Neubau von Übertragungsnetzen in Deutschland bis 2022, gegenüber den vergangenen Jahrzehnten, 20-mal schneller vonstattengehen kann. Das widerspricht jeglicher Erfahrung. Jedenfalls kann es nur dann auch nur annähernd gelingen, wenn Politik, Öffentlichkeit und Verwaltung hierbei konsequent an einem Strang - und in die gleiche Richtung - ziehen. Bei Widerspruch und Klage gegen jeden Mast sehe ich dafür keine Chance.